

bdt0582 3 pl 408 dpa 2738

Gesundheit/Krankenkassen/
(Zusammenfassung 1645 - Mit dpa-Umfrage)
Beitragssenkung der AOK Sachsen erzürnt Geber-Krankenkassen =

Berlin (dpa) - Die von der AOK Sachsen geplante Beitragssenkung auf 12,9 Prozent hat den Streit um den milliarden schweren Finanzausgleich zwischen den Kassen weiter angeheizt. Vor allem West-Kassen kritisierten am Freitag, die AOK Sachsen könne den Beitrag nur dank der Finanzhilfen anderer Kassen senken. Es könne nicht angehen, dass die Zahlerkassen höhere Beiträge hätten als Empfängerkassen wie die AOK Sachsen. So liegt der Beitragssatz zum Beispiel der AOK Bayern bei 14,9 Prozent. Die Ersatzkassen liegen weit über 13 Prozent.

Anders als die AOK Sachsen sehen die meisten anderen Kassen finanziell keine Chance, ihren Beitrag zu senken. Dies ergab eine dpa-Umfrage. Die AOK Sachsen will ihren Beitrag zum 1. April von 13,4 auf 12,9 Prozent senken. Damit hat sie den bundesweit niedrigsten Beitrag aller AOK, wird aber trotzdem über den Finanzausgleich - den so genannten Risikostrukturausgleich (RSA) - von anderen Kassen bezuschusst. Über den RSA werden jedes Jahr nach komplizierten Regeln Milliarden umverteilt, um Kassen mit ungünstiger Mitgliederstruktur zu helfen. Umstritten ist aber, ob die Geldflüsse gerecht sind.

Die Beitragszahler der West-Kassen zahlten 2001 zwei Milliarden Euro an die Ost-Kassen. Als Folge erzielten die Kassen in den neuen Ländern einen Überschuss von 0,12 Milliarden Euro. Die West-Kassen verbuchten dagegen ein Defizit von 2,92 Milliarden Euro. Die drei unionsregierten Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen haben bereits Verfassungsklage gegen den Finanzausgleich eingereicht.

Auch nach Ansicht der Zahlerkassen schießt der Finanzausgleich inzwischen über sein Ziel hinaus und bevorteilt die Empfängerkassen. Leidtragende seien die Mitglieder der Zahlerkassen. So liegen etwa die Beiträge der Ersatzkassen, die am stärksten in den Finanzausgleich zahlen, deutlich über 13 Prozent und damit höher als der Beitrag der AOK Sachsen.

Die Vorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen, Margret Mönig-Raane meinte, der Grundgedanke des Finanzausgleichs werde «auf den Kopf gestellt», wenn die Empfängerkassen niedrigere Beiträge als die Zahlerkassen hätten. Auch die AOK Bayern forderte, den Finanzausgleich zu überarbeiten. «Die Westkassen machen ein Defizit, und die Ostkassen stehen positiv da», kritisierte ein Sprecher.

Nach einem Defizit von 2,8 Milliarden Euro in 2001 hatten die gesetzlichen Krankenkassen erst zum Jahreswechsel auf breiter Front ihre Beiträge erhöhen müssen. Als Folge war der durchschnittliche Krankenkassen-Beitrag auf den Rekordwert von 14 Prozent gestiegen. Nach der dpa-Umfrage wollen die Kassen in diesem Jahr zumindest nicht weiter erhöhen.

Für Beitragssenkungen sehen die meisten keinen Spielraum. Die AOK Rheinland-Pfalz, die erst zu Jahresbeginn ihren Beitrag um 0,5 Prozentpunkte auf 14,6 Prozent an hob, plant keine Senkung. Ähnlich äußerten sich AOK und Innungskrankenkassen (IKK) in Niedersachsen und Hessen. In Baden-Württemberg und Thüringen zeichnen sich ebenfalls keine Senkungen ab. Gleiches gilt für die AOK Berlin und die AOK Saarland.

dpa cm yydd mb
081649 Mrz 02

000238